

Hintergrund-Informationen aus Umwelt, Wirtschaft und Finanzen Geld- und Ökotipps

[Umwelt Infos](#), [Umwelt Beratung](#), [Umwelt Wirtschaft](#), [Umwelt Finanzen](#), [Umwelt Management](#), [Umwelttipps](#), [Umweltfonds](#), [Umwelt](#)

[Umwelt-Index Juli 2003](#)

- + [Gelebte Utopien auf dem Weg zu weniger Emissionen](#)
- + [Umwelt-Technologie: Solarkollektoren, Regenwassernutzungsanlagen, Heizungsanlagen, Photovoltaikanlagen, Fördermittel, Nickel-Zinn-Katalysatoren etc.](#)
- + [Windfonds-Check](#)
- + [Natur-Aktien-Index](#)
- + [Neu: Der nax-25](#)
- + [Ökofonds profitieren von günstigem Börsenklima](#)
- + [China entdeckt den Umweltschutz als Wachstumsmotor](#)
- + [Ärzte unterzeichneten Freiburger Appell \(Mobilfunk\)](#)
- + [BGH gab grünes Licht für Grünen Strom](#)
- + [Deutsche Stromkunden zahlen 20 Millionen Euro zu viel](#)
- + [WWF: CO2-Ausstoß für Strom bis 2030 halbieren](#)
- + [Elfenschutz in Island](#)
- + [WWF-Kampagne: Holz von illegal arbeitenden indonesischen Firmen in Deutschland gefunden](#)
- + [Auch ebay profitiert vom Handel mit geschützten Tierarten](#)
- + [Noch mehr Treibhausgase](#)
- + [Genetisch modifizierte Nahrungsmittel zum Wohl aller Menschen](#)
- + ["Antibiotic my way" at Burger King](#)
- + [Nordostatlantik und Ostsee bedroht von Fischerei, Schiffsverkehr und Schadstoffeinträgen](#)
- + [EU-Zuständigkeit für Energie ist unvereinbar mit EURATOM](#)
- + [Verbraucherschützer verklagen Volkswagen: VW Touareg ist kein Kleinlaster](#)
- + [Demokratie oder Öl-Wirtschaft](#)
- + [Europäischer Haftbefehl verabschiedet](#)
- + [Militainment und Wahrheitsvernichtungswaffen](#)
- + [Amtsenthebungsverfahren - Impeachment für Bush](#)
- + [Hillary for President](#)
- + [Finding the peak on US-energy investments](#)
- + [US Federal Reserve - das Ende der Freiheit](#)
- + [Die großen Zentralbank-Lügen](#)
- + [Managerkultur oder -unkultur - nicht nur bei WorldCom](#)
- + [UN-Bericht schlägt Alarm – Klimaschutzziel von Kyoto kaum noch zu erreichen](#)
- + [Statistik: Bioboom](#)
- + [Greenpeace: "Öl raus - Wind rein"](#)
- + [Dalai Lama: Ohne Menschen ginge es der Erde besser](#)
- + [Umwelt-Termine](#)
- + [Über 20 Jahre Haft für Ex-Manager von Elf Aquitaine](#)
- + [Nein zu GATS \(WTO\)](#)
- + **PS:** [Das magnetische Feld der Erde wandert](#)

Gelebte Utopien auf dem Weg zu weniger Emissionen

Verschärfungen der Abgaswerte, aber auch die in Kyoto beschlossene Senkung der Kohlendioxid-Emissionen und damit des Energieverbrauchs treiben die Entwicklung von Fahrzeugen mit umweltschonenderen Antriebsarten voran. Eine ganze Reihe europäischer Städte testet zudem neue Mobilitätskonzepte, die die Agglomerationen von Abgasen und Lärmimmissionen entlasten sollen. In einem Pilotprojekt in Martigny stehen Elektrofahrzeuge im Zentrum der Zukunftsvisionen - aber nicht nur dort.

"Sowohl Fahrerinnen und Fahrer als auch die Fussgänger sind überrascht, wie geräuschlos die CityCars fahren." Wenige Wochen nach Beginn des Pilotprojekts in Martigny zog Raymond Carrupt, Projektleiter und Direktor der Postauto Westschweiz, diese erste Bilanz. Umsetzung und Leitung des Versuchs **CityCar** liegen bei der Postauto Schweiz, einem Geschäftsbereich der Post, die im Wallis ein neues Mobilitätskonzept testet. Dafür stehen 30 Elektromobile mit je zwei Sitzplätzen zur Verfügung. **An 20 CityCar stations, verteilt über die ganze Stadt, stehen sie der Bevölkerung in Selbstbedienung für lokale Fahrten zur Verfügung.**

Die Idee hinter dem anspruchsvollen Projekt ist ganz einfach: Für Fahrten in der Stadt soll nicht das eigene Auto, sondern einer der CityCars dienen. Jedes dieser Fahrzeuge lässt sich mit einer speziellen Postcard ohne Schlüssel öffnen und in Betrieb setzen. Am Zielort wird es bei der nächstgelegenen **CityCar station** wieder geparkt und mit der Postcard geschlossen. In einer ersten Versuchsphase ist die Benützung der Elektromobile gratis. Der Kilometerpreis soll zwischen dem Ansatz für ein Taxi und dem des Busses liegen und dereinst kostendeckend sein. Entsprechend ist er wesentlich von der Auslastung der mit Elektronik vollgestopften Kleinstautos abhängig.

In der Schweiz setzt sich eine ganze Reihe von Organisationen für Elektro- und Hybridfahrzeuge ein: [e'mobile](#), der bisher unter dem Namen "Asver" bekannte Verband für elektrische Strassenfahrzeuge, der **Elektromobil Club der Schweiz (ECS)** mit seinen regionalen Fahrergruppen, das **Bundesamt für Energie (BFE)**, das Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsprojekte unterstützt.

Dem Empfangs- und Kontrollzentrum CityCar accueil obliegt die permanente Überwachung aller Fahrzeuge. Sobald die Autotüren geöffnet werden, erscheint auf dem Bildschirm die Identifikationsnummer des Postcard-Besitzers, der ab diesem Moment bis zum Schliessen des Fahrzeugs für den CityCar verantwortlich ist. Dank Global Positioning System (GPS) weiss das

Kontrollzentrum jederzeit, wo sich die einzelnen Fahrzeuge befinden. Zentral überwacht wird auch der Ladezustand der Batterien, die während der Nacht "aufgetankt" werden. Über Funk kann die Zentrale zudem mit den Fahrzeuginsassen direkt Kontakt aufnehmen. Dieser Fall kann zum Beispiel dann eintreten, wenn die Batterien bereits zu stark entladen sind oder wenn das Fahrzeug das Stadtgebiet verlässt. Falls nötig, kann das Kontrollzentrum ein Fahrzeug aus der Distanz abbremsen respektive anhalten. In den per Kamera überwachten CityCar stations garantiert zudem eine automatische Handbremse, dass die kleinen Elektroautos auch ohne die bei herkömmlichen Autos wirksame Motorenbremse sicher geparkt sind und nicht davon rollen können.

Die derzeit in zahlreichen europäischen Städten laufenden *Utopia*-Versuche haben unterschiedlichste Ansätze, die von organisatorischen Anpassungen wie speziellen Fahrspuren für Erdgasbusse bis zu Tests von technischen Innovationen wie **Radnabenmotoren** reichen. In dem breit angelegten Projekt arbeiten staatliche und private Institutionen aus elf europäischen Ländern mit. Wer sich im Bereich des städtischen Verkehrs mit Umweltfragen befasse, sehe sich unweigerlich Lösungen gegenüber, die auf neuen Antriebsarten basieren, sagt Bernard Guellard, bei *Utopia* zuständig für die Kommunikation. Die Verantwortlichen der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bei den grossen Automobilherstellern scheinen das ähnlich zu sehen. So stellte Honda an der Brüsseler Weltausstellung für Elektro- und Hybridfahrzeuge im letzten Herbst ein japanisches Projekt vor, in dem - ähnlich wie in Martigny - speziell für diesen Zweck hergestellte Elektrofahrzeuge in Selbstbedienung getestet werden. **Dahinter steckt die Idee, dass dereinst Stadtzentren oder Quartiere für herkömmliche Autos gesperrt werden sollen. Auf einem Parkplatz am Rand der entsprechenden Zone soll dann auf ein abgasfreies und leises Gemeinschaftsfahrzeug umgestiegen werden können.**

Der Druck der Politik: Schon bald Tagesgespräch werden könnten solche neuen Verkehrskonzepte in Italien, wo ein **Gesetz mittelfristig die Schliessung der Stadtzentren für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren verlangt**. In Florenz soll bereits eine Kernzone von drei Kilometern Durchmesser abgasfrei sein. Weitere europäische Städte planen mittel- oder langfristig ähnliche Massnahmen. Ausserdem wird die EU die auch in der Schweiz gültigen Abgasvorschriften stufenweise verschärfen. Ähnliche Verschärfungen kennt Japan.

Die strengsten Vorschriften sehen künftig jedoch Kalifornien und weitere

Staaten der USA vor. Dort müssen künftig zehn Prozent der verkauften Neuwagen abgasfrei fahren. Unter den aktuell angebotenen Modellen erfüllen nur die Elektrofahrzeuge mit Batterien als alleinigem Energiespeicher diese Bedingung. Allerdings wird zur Zeit diskutiert, ob nicht auch beinahe emissionsfreie Fahrzeuge angerechnet werden könnten. Vor allem im Siedlungsbereich lassen sich so Abgase und Lärmimmissionen spürbar senken.

Das Protokoll der Klimaschutzkonferenz von Kyoto fordert, dass die Treibhausgase gemessen am Stand von 1990 bis ins Jahr 2010 um acht Prozent gesenkt werden müssen. Ohne deutlich tiefere CO₂-Emissionen und entsprechend reduziertem Energieverbrauch im Verkehr ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Die vor diesem Hintergrund zunehmend verschärften Gesetze treiben die Automobilindustrie dazu an, umweltschonendere Antriebsarten und leistungsfähigere Akkumulatoren zu entwickeln. Als grössten Hoffnungsträger präsentiert die Automobilindustrie zur Zeit aber die Brennstoffzelle, die ebenfalls mit erneuerbarem Methanol betrieben werden könnte.

Im Gegensatz vor allem zu den Bleibatterien ist für **Lithium-Ionen-Batterien** eine industrielle Fertigung zwingend, was nach entsprechenden Stückzahlen respektive einer grösseren Nachfrage ruft. Wie die in Japan bereits erhältlichen Nickel/Metallhydrid-Batterien dürften auch Lithium-Ionen-Batterien nicht billig zu haben sein. Zudem braucht es für beide Batterietypen ein leistungsfähigeres Netz von Ladestationen, um die Ladezeiten nicht zu verlängern.

Ein solches Netz ist in **Paris und anderen französischen Städten** bereits im Aufbau. In der Schweiz sind die ersten Ladestationen mit einem 32-A-Anschluss in Mendrisio installiert worden, wo ein Grossversuch mit Leicht-Elektromobilen (LEM) läuft. Mit solchen Anlagen will man jetzt auch das kostengünstige Netz öffentlicher Ladestationen ergänzen, das entlang der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse nach dem System Park & Charge mit reservierten Parkplätzen für Elektromobile aufgebaut worden ist. Die neuen Anschlüsse werden den Elektrofahrzeugen auf ihren gelegentlichen Fernfahrten ein beschleunigtes Laden ermöglichen, sofern sie mit einem entsprechenden Ladegerät ausgerüstet sind.

80% der täglichen Fahrten in Europa liegen mit weniger als 50 km unter der Reichweite moderner Elektrofahrzeuge.

Dennoch lassen sich viele Interessierte von der begrenzten Reichweite der E-Mobile abschrecken, vor allem dann, wenn für längere Fahrten kein zweites herkömmliches Auto zur Verfügung steht. Diesen Vorbehalt hofft Renault mit

dem *Kangoo électrique* zu beseitigen: als reines Elektrofahrzeug mit einer Reichweite bis zu 100 km, und als Ausführung mit einem kleinen Benzinmotor, der die Batterien während der Fahrt auflädt und so eine Reichweite von 200 bis 300 km ermöglicht.

Das Konzept ermöglicht, für die verschiedenen Antriebsarten das gleiche Basisfahrzeug zu nutzen, das für diesen Zweck mit einem Doppelboden und Platz für Batterien oder Gasbehälter versehen wird. Mit dem *Express*-Nachfolger hofft der französische Konzern vor allem Flottenbetreiber und namentlich auch grössere Gemeinden ansprechen zu können. Den gleichen Kundenkreis hat Fiat mit seinem *Seicento elettrica* im Auge.

Als grösstes Hindernis für den Durchbruch der Fahrzeuge mit Elektroantrieb gilt jedoch nach wie vor der hohe Kaufpreis. Wesentlich verantwortlich dafür sind die in den meisten kommerzialisierten Elektrofahrzeugen verwendeten Nickel/Kadmium-Batterien. Peugeot und voraussichtlich auch Citroën bieten nun aber - ähnlich wie in Frankreich - auch in der Schweiz eine Batteriemiete an. Damit sinken die Investitionskosten je nach Fahrzeugtyp auf gut 23 000 bis 25 000 Franken. Die Mietkosten für die Batterien inklusive Unterhalt belaufen sich auf 160 bis 200 Franken pro Monat und lassen sich analog zu den Benzinkosten verbuchen. Aufgrund erster Erfahrungen im Tessin scheinen die Hoffnungen des französischen Autokonzerns durchaus berechtigt zu sein, mit der Batteriemiete vor allem für ihren Kleintransporter neue Kundengruppen anzusprechen und den Elektromobilmarkt in der Schweiz beleben zu können. Mehr bei

<http://www.kommunalmagazin.ch/archiv/elektromob.htm>

<http://www.e-mobile.ch>

Die Energie für den Frieden 

Umwelt-Technologie:

Um es zu überleben, müssen wir im 21. Jahrhundert unseren Energieverbrauch in dem Maße durch Erneuerbare Energien ersetzen, wie er im 19. und 20. Jahrhundert entstanden ist. Wenn wir unsere natürlichen Energien nicht nutzen, so ist das nur auf einen Intelligenzmangel unserer Spezies zurückzuführen.

Idealtechnologien nutzen Ressourcen, die unbegrenzt verfügbar sind, bei ihrer Nutzung nicht verschleissen, die regenerierbar sind und nach

deren Nutzung keine negativen Folgeeffekte auftreten.

Schalkham ist Solarkommune der Saison

Die kleinsten sind die Größten in der Solarbundesliga. Die Gemeinde Schalkham mit 897 Einwohnern ist Deutscher Meister der Saison 2002/2003. Auf den Dächern der bayerischen Dorfes sind für jeden Einwohner rechnerisch 1,2 Quadratmeter Solarkollektoren für Heizung und Warmwasser installiert. Das ist doppelt sowie wie in den besten Verfolgergemeinden. Zusätzlich erzeugen Photovoltaikmodule mit einer Leistung von 194 Watt pro Kopf Solarstrom. Diese Dichte von Solarstromanlagen reicht aus, um ein Fünftel des durchschnittlichen Strombedarf privater Haushalte übers Jahr zu decken. Mehr bei

<http://www.solarbundesliga.de>

<http://www.solarthemen.de>

<http://www.duh.de>

<http://www.intersolar.de>

Bauen mit Nachwachsenden Rohstoffen

Engagiert, fachlich überzeugend und begeisterungsfähig - so treten die Dozenten der neuen Lehrgänge zum Thema "Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen" beim KNR in Münster gegenwärtig vor ihr interessiertes Publikum. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3433.php>

100.000 Dächer-Solarstrom-Programm kurz vor dem Ziel

Das 1999 von der Bundesregierung aufgelegte Programm zur Förderung von Photovoltaikanlagen (100.000 Dächer-Programm) erfreut sich einer starken Nachfrage. Bis zum Ende diesen Jahres wird das Programmziel von rund 300 Megawatt (MW) neu installierter Photovoltaik-Leistung erreicht sein. Nach dem Willen von Bundesumweltminister Jürgen Trittin soll die auslaufende Förderung aus dem 100.000 Dächer-Programm durch die vorgesehene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) kompensiert werden. Das Bundesumweltministerium beabsichtigt, die zukünftige Vergütung für Solarstrom entsprechend anzupassen. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3486.php>

Effektive Energiesysteme für ökologisches Wohnen: Solarkollektoren, Regenwassernutzungsanlagen, Heizungsanlagen, Photovoltaikanlagen

Am Anfang ist es etwas teuer, aber schließlich zahlt es sich aus. So unterschiedlich wie die Bewohner ihrer Häuser sind auch die jeweiligen Energieansprüche. Bei stetig steigenden Energiepreisen lohnen sich mittelfristig Energieanlagen, die den individuellen Anforderungen gerecht werden und dabei umweltfreundlich ausgerichtet sind. Bei jedem Projekt muss nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten die optimale Lösung entwickelt werden. Und das schont dann dauerhaft den **Geldbeutel und die natürlichen Ressourcen!**

Ökologische Haustechnik umfasst Sonnenkollektoranlagen, Photovoltaikanlagen, Regenwassernutzungsanlagen und Heizungsanlagen, die steuerbegünstigt und **durch die Wohnungsbaukreditanstalt u.a. gefördert werden.**

Von der Beratung und Planung bis hin zu Installation und Service empfehlen wir die von uns bereits getestete Firma *Backhaus Solartechnik* in Hamburg. Mehr bei

<http://www.backhaussolartechnik.de>

Fördermittel für die Renovierung von Altbauten

Für die Renovierung von Altbauten war die Fördersituation selten so gut wie momentan. Es gibt **zahlreiche Zuschüsse und zinsvergünstigte Darlehen** u. a. auch für Solaranlagen und automatische Holzfeuerungsanlagen. Sie können sich Ihre Fördermöglichkeiten individuell berechnen lassen!

Kostenlos bei

<http://www.solarfoerderung.de>

Praxisbezogene Informationen rund um Förderung und Technik gibt auch die **Sonderschau Heizen mit Sonne und Holz** im Rahmen der internationalen *Kongressmesse HolzEnergie 2003* von 18. bis 21.09.2003 in Augsburg. Mehr bei http://www.holz-energie.de/index_sonne.htm

>>> Unser Ökotipp Energetische Altbausanierung / Fördermittel

Deutschland führend in der Biogastechnologie

Deutschland nimmt in Europa eine Führungsrolle bei der Umsetzung und technischen Entwicklung der Biogastechnologie ein. Europäische und außereuropäische Länder suchen die Zusammenarbeit.

Internationale Aspekte der Gewinnung und des Einsatzes von Biogas (z.B. Indien und China) wurden auf der zum dritten Mal veranstalteten deutsch-, englisch- und italienisch-sprachigen Biogas International 2003 in Augsburg beleuchtet.

Biomasse durch Holzpellets

Im Bio-Kraftwerk werden Strom und Wärme zur Versorgung der Schnittholztrockenkammern sowie ganzer Gewerbegebiete produziert. Mit der vorhandenen Überschusswärme kann die Spänetrocknung ausgebaut werden. Die so getrockneten Späne sind nicht nur Grundstoff für die Holzpelletproduktion, sondern auch hochwertiger Brennstoff für weitere größere Holzheizwerke in der Region. In den Jahren 2000 bis 2002 wurden in Nordrhein-Westfalen bereits 602 Pelletheizanlagen in Betrieb genommen. Das **Umweltministerium fördert Holzpelletheizungen in Privathaushalten mit bis zu 1.500 Euro, weitere 1.500 Euro steuert der Bund aus dem Marktanzreizprogramm bei.** Für die Antragsverfahren sind die Forstämter zuständig.

Holzpellets können beim Endverbraucher ähnlich wie Heizöl mit einem Tankwagen angeliefert werden. Mehr bei

<http://www.ea-nrw.de/brennpunkt/>

Nickel-Zinn-Katalysatoren für die effizientere Brennstoffzelle

Auf dem Weg zur effizienten Brennstoffzelle wird Platin ausgebootet. Ein Katalysator aus Nickel, Zinn und Aluminium bietet eine effiziente und preiswerte Lösung. Wissenschaftler vom Department of Chemical and Biological Engineering an der University of Wisconsin stellen in *Science* einen Katalysator vor, der ohne die bisher gebräuchlichen teuren Metalle geeignet ist, Wasserstoffgas aus Biomasse zu gewinnen. **Nickel ist ebenso wirksam wie Platin, nur viel billiger!** Mit Zinn als Zusatz, bekannt als Raney-Nickel-Katalysator, verringert sich der Methananteil ohne die Bildung von

Wasserstoffgas zu beeinträchtigen.

Ein weiterer Vorzug der Reaktionsbedingungen ist der fehlende Wasserdampf. Durch den Verzicht auf die sonst notwendige energiezehrende Verdampfung steigt der Wirkungsgrad des neuen Katalysators beträchtlich. Zum einen ist die Ausbeute attraktiv, zum anderen bedeutet weniger CO Kontamination zugleich geringere Abnutzung an den Elektroden der Brennstoffzellen.

Doch es gibt die längst bewiesene Gefahr: **Nickel gehört zu den krebserzeugenden Stoffen**. So werden die Techniker beweisen müssen, dass billige Metalle nicht "nachbrennen". Das bedeutet, schädliche Emissionen müssen abgefangen, und das verbrauchte Material entsorgt oder unter immensen Aufwand recycelt werden.

EU und USA unterzeichneten kürzlich in Brüssel ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Brennstoffzelltechnik. **Entscheidend ist aber, wie der Wasserstoff erzeugt wird**. 3 Tonnen CO₂ entstehen, um eine Tonne Wasserstoffgas in den Tank zu bringen, wenn es in einer Erdölraffinerie erzeugt wird. Es geht aber auch mit **Wasser, Biomasse oder organischem Abfall!!!** Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/zen/15085/1.html>

<http://www.initiative-brennstoffzelle.de/>

Windenergie-Gewinnung ist eine Volksbewegung

Im Sommer 2003 erzeugen in Deutschland über **14.000 Windräder fünf Prozent des gesamten Stromverbrauchs**. Die Windräder ersetzen etwa vier Atomkraftwerke. Ende 2003 werden sie bereits fünf AKWs ersetzen. Damit hat sich der Windstromanteil seit 1991 mehr als **versiebzigfach**. Dieser Erfolg wurde nur möglich, weil etwa **200.000 Menschen in Deutschland in die Windkraft investiert haben**. Das Gewinnen von Windstrom ist eine richtige Volksbewegung geworden. Die Windbranche beschäftigt mittlerweile 41.000 Mitarbeiter. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3456.php>

Windradtechnik am Meeresboden

Seit wenigen Tagen läuft die erste Meeresströmungsturbine vor Englands Küste. Dabei steckt eine Art Windkraftanlage kopfüber im Meer und erzeugt

umweltfreundlichen Strom, indem die Wasserkraft durch Ebbe und Flut genutzt wird. Windräder auf Tauchstation. Der an der Entwicklung beteiligte Ingenieur Jochen Bard vom Institut für solare Energieversorgungstechnologie in Kassel sagt: "Wir nutzen die immense Kraft der Gezeiten."

Entlang steiler Küsten im Meer um England könnten künftig mit dieser neuen Technologie etwa **50 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr** gewonnen werden - das sind etwa 20 Prozent des britischen oder 12 Prozent des deutschen Stromverbrauchs - meinen Fachleute. Das weltweite Potenzial beträgt mindestens das zehnfache. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3470.php>

Windantrieb für Handelsschiffe

Die Abgasmengen der weltweiten Schifffahrt müssen reduziert werden. Die Notwendigkeit, am Thema zu arbeiten, ist durch Klimakatastrophen und UNO-Konferenzen auch für Reeder zu einer Verpflichtung geworden. Mit romantischen Segelschiffskreuzfahrten verdienen auch DEUTSCHE REEDER bereits gutes Geld. Der Kreufahrtsegler "SEA CLOUD" erhält zur Zeit ein "Schwesterschiff".

Japanische Reeder haben mit modernen Segelzusatzantrieben Schiff, Mannschaft und Ladung geschont. Dazu noch Treibstoff gespart, und somit Abgas vermieden. Leider nicht lange, weil der sinkende Schwerölpreis der 80iger Jahre keinen Anreiz zum sparen mehr bot.

Die Hamburger-Schiffbau-Versuchs-Anstalt hat ein modernes Rigg entwickelt, welches **40% Brennstoffeinsparung** bringen kann. Dieser Zusatzantrieb, INDOSAIL-Rigg genannt, hat sich in jahrelangem Einsatz bewährt. Mehr bei

<http://www.windschiffe.de>

Argentinien wird mit Windkraft und Wasserstoff zum "Kuwait des 21. Jhdt.s"

Wasserstoff, mit Strom aus einem riesigen Windpark gewonnen, könnte künftig zu einem Exportartikel Argentiniens werden: Die Argentinische Gesellschaft für Windenergie hat bereits Pläne für ein solch ehrgeiziges Projekt ausgearbeitet. Flüssiger Wasserstoff aus Patagonien könnte dann als Energieträger in die ganze Welt verkauft werden.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3427.php>

20 Prozent Ökostrom in Kalifornien bis zum Jahr 2017

Spätestens in 14 Jahren soll im bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten US-Bundesstaat Kalifornien der Anteil an Ökostrom ohne Wasserkraft 20 Prozent betragen - mit Wasserkraft zirka 25 Prozent. Das ist eine Verdoppelung bis zum Jahr 2017. Los Angeles wirbt mit dem Programm: "Green Power for a green L.A.". Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3466.php>

Windfonds-Check

Interessieren Sie sich für die Investition in einen Windfonds? Suchen Sie nach unabhängigem Rat? Dann bestellen Sie den kostenlosen Windfondstest! Anhand von 21 Fragen hat die ECOreporter.de-Redaktion einen Leitfaden für Sie vorbereitet, mit dem Sie Beteiligungsangeboten auf den Zahn fühlen können.

http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n3865

Spruch des Monats:

Wir Menschen können wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft gedeihen, wenn wir ein Leben in Harmonie mit unserer natürlichen Umwelt führen. Zur Zeit aber tun wir das nicht. Es darf nicht länger ein Gegeneinander von Ökologie und Wirtschaft geben, sondern beide müssen zusammengeführt werden!

Kofi Annan, UN-Generalsekretär

Natur-Aktien-Index

Nachdem der Natur-Aktien-Index bis zur eindeutigen Klärung der Urheberrechts- bzw. Providerfrage leider nicht mehr (wie seit 1997) alle 5 Minuten bei Bloomberg aktualisiert wird, hat der ÖKO-INVEST-Verlag die

Kalkulation wieder selbst übernommen, die abrufbar ist bei <http://www.oeko-invest.de>

Ein Service von				
				1.499
				
			Kurs 29.5.2003	% seit 1.1.2003
USA	AstroPower	Solarenergie	2,48	-67,7
GB	Body Shop	Kosmetik	87,50	+53,5
F	Boiron	Homöopathie	76	-7,4
D	Condomi AG	Kondome	2,57	-26,6
USA	Energy Conversion	Patentverwertung	10,17	+3,8
USA	Fannie Mae	Hypotheken	73,09	+12,4
USA	Gaiam	Internet-Handel	5,49	-49,0
CH	Geberit AG	Sanitärtechnik	448	+12,0
NL	Grontmij	Consulting	13,51	-28,5
USA	Herman Miller	Möbel	18,70	+2,3
USA	Horizon Organic	Bio-Milch	15,05	-6,9
USA	Interface	Bodenbeläge	3,45	+9,2
USA	Kansas City South.	Eisenbahnbetreiber	11,85	-1,3
J	Kurita Water Ind.	Umwelttechnik	1.153	-3,5
A	Mayr-Melnhof	Verpackung	77,05	+9,3
DK	NEG Micon	Windturbinen	56,50	-52,7
USA	Oxford Health Plans	Krankenversicherung	36,63	+0,5
J	Ricoh	Büromaschinen	1.775	-11,1
GB	Severn Trent	Wasserversorgung	732,50	+6,4
J	Shimano	Fahrräder	1.940	+7,8
USA	Starbucks	Kaffeehäuser	23,60	+12,0
N	Tomra Systems	Pfandautomaten	33,90	-24,8
USA	Transmeta	Mikroprozessoren	1,35	+20,5
NL	Triodos Groenfonds	Umweltfinanzierung	59,40	+4,0
D	WEDECO AG	Wasseraufbereitung	9,85	-22,2

Kommentar: Der **Natur-Aktien-Index** ist vom 21. bis 29. Mai um rund 3% auf 1.499 gestiegen. Mit 30. Mai wurde **SolarWorld** (zum Kurs von 4,70 Euro) als Ersatz für die von einem NASDAQ-Delisting bedrohte **AstroPower**-Aktie (\$ 2,48 Schlusskurs 29.5.) in den Index aufgenommen. Obiger Stand des Index ist der letzte, der AstroPower noch enthalten hat. **NEG Micon** übernahm (mit einem Minus von 53%) anschliessend die letzte Tabellenposition, führend ist nach wie vor **Body Shop** mit einem Plus von 54%.

>>> Die von der *natur media gmbH* für den Index angemeldeten und beim Deutschen Patentamt eingetragenen Marken "NAX" und "NAI" mussten auf Betreiben der Deutschen Börse AG (2001, wegen Verwechslungsmöglichkeit

mit dem "DAX") bzw. des ersten Lizenznehmers Securvita GmbH (2003, mit der Begründung einer vorher erfolgten eigenen "NAI"-Markenanmeldung) gelöscht werden. Jetzt ist beim Europäischen Patentamt die neue Abkürzung "**nax-25**" als Marke angemeldet worden. Damit soll verhindert werden, dass die Hamburger Securvita den Index für ihr "NAI-Werte"-Fondsprodukt monopolisieren kann und der Index künftig auch anderen Interessenten als Lizenznehmer zur Verfügung steht.

Der nax-25

Der **nax-25** enthält 25 nach Ländern und verschiedenen Branchen gestreute Aktien. Er startete im April 1997 mit 1.000 Punkten und hält derzeit bei rund 1.570 Punkten. In den letzten 6 Jahren hat er damit seinen "konventionellen" Benchmark-Index "MSCI World" um über 60 Prozentpunkte übertroffen!



Ökofonds KD Fonds Öko-Invest profitiert von günstigem Börsenklima

Der KD Fonds Öko-Invest hat im April 2003 einen Wertzuwachs in Höhe von 7,4 Prozent erzielt. Das teilte die *DZ Capital* aus Frankfurt mit, die den **ethisch-ökologischen Aktienfonds** verwaltet. Die Entwicklung an den Märkten habe im April ganz im Zeichen der Unternehmensergebnisse für das I. Quartal gestanden, berichtet DZ Capital. Es habe sich gezeigt, dass die

meistem Unternehmen ihre Hausaufgaben gemacht hätten und durch Umstrukturierungen sowie durch Kosteneinsparungen teilweise erheblich über den Analystenschätzungen liegende positive Zahlen geliefert hätten. Mehr bei http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n7093

>>> [Geldtipp](#)

China entdeckt den Umweltschutz als Wachstumsmotor

Die Volksrepublik China hat mit 58 Milliarden Euro zwischen 1998 und 2002 eine größere Summe in den Umweltschutz investiert als in den 50 Jahren zuvor. Dies berichtet die *Shanghai Daily*. Demnach wird im Reich der Mitte zunehmend das **Wirtschaftspotential von Umweltschutzmassnahmen** entdeckt. Nach dem Nationalen Fünf-Jahres-Plan solle der Markt der Umweltschutzbranche von 2001 bis 2005 ein Volumen von über 14 Milliarden Euro erreichen. Als Beispiel für die Entwicklung wird die Umweltschutz-Branche in der Chinesischen Metropole Shanghai angeführt. Sie wachse nach Angaben des örtlichen Umweltschutz-Büros jährlich um 20 Prozent. Schwerpunkte seien dabei die **Müllentsorgung**, die **Wasserreinigung** und der **Klimaschutz**.

http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n7086

Ärzte unterzeichneten Freiburger Appell

Im Freiburger Appell bestätigen Ärzte ein immer zahlreicheres Auftreten von Störungen wie Kopfschmerzen und Migräne, chronische Erschöpfung, innere Unruhe, Schlaflosigkeit und Tagesmüdigkeit, Ohrgeräusche, Infektanfälligkeit sowie Nerven- und Weichteilschmerzen, die im Zusammenhang mit **Mobilfunkanlagen, Handys und schnurlosen DECT-Telefonen stehen**.

Gefordert werden daher "neue gesundheitsverträgliche Kommunikationstechniken" und als Sofortmaßnahmen u.a. eine Senkung der Grenzwerte, Mitspracherechte der Bevölkerung bei der Standortplanung von Antennen, handy- und mobilfunkfreie Zonen sowie verstärkte Aufklärung und unabhängige Forschung. Mehr bei

<http://www.igumed.de/>

<http://www.oedp.de/>

<http://www.hese-project.org>

> siehe dazu auch unser [Ökotipp Mobilfunk](#)

Übrigens: Die hessische 20.000-Einwohner-Stadt Vellmar ist bundesweit Vorreiter beim Solaren Stadtviertel auf dem Osterberg und beim **Ausschluss von Mobilfunk-Sendeanlagen**.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3410.php>

BGH gab grünes Licht für Grünen Strom

Die großen alten Energieversorger versuchen es immer wieder, den Durchbruch der Erneuerbaren Energien zu verhindern. Sie versuchen es mit allen Mitteln - auch mit viel Geld und Juristerei. Doch der Siegeszug der Erneuerbaren Energien ist nicht aufzuhalten.

Der BGH hat nun bestätigt, dass das EEG mit dem Grundgesetz und dem Europarecht vereinbar ist und die Revision eines Stromversorgers gegen eine gleichlautende Entscheidung des Oberlandesgerichts Schleswig zurückgewiesen.

Auch die Herkunft des Stroms und Umweltbelastungen müssen von 2004 an offen gelegt werden. Mehr bei

<http://www.bmu.de/presse/2003/pm099.php>

Deutsche Stromkunden zahlen 20 Millionen Euro zu viel

Laut einer neuen Studie der Bundesverbände *WindEnergie* (BWE) und *Neuer Energieanbieter* (bne) zahlen Stromkunden in Deutschland jährlich 20 Millionen Euro zuviel für elektrische Energie. Die Herausgeber der Schrift haben laut einer Pressemitteilung ein neues Abwicklungsmodell für **Strom aus erneuerbaren Energien** zwischen Händlern und Netzbetreibern entwickelt. Das Modell mache die zeitliche Verfügbarkeit und tatsächliche Einspeisung des Stroms transparent, hieß es.

"Unser Vorschlag führt dazu, dass die Händler tagsüber, wenn der EEG-Strom auch tatsächlich eingespeist wird, mehr Strom bekommen", sagt Dr. Henning Borchers, Geschäftsführer des *bne*. Dadurch ersetze der EEG Strom mehr teuren Spitzenlaststrom. In der Summe ließen sich dadurch mehr als 20 Millionen Euro für die Kunden einsparen.

http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n7156

WWF: CO2-Ausstoß für Strom bis 2030 halbieren

Laut der Computersimulation des *Hadley Centre for Climate Prediction and Research* wird die **globale Temperatur bis 2100 um 5,5 Grad Celsius ansteigen!** Fast ein Viertel der weltweiten CO2-Emissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung.

Eine neue Studie im Auftrag des "World Wide Fund For Nature" zeigt, dass der Kohlendioxidausstoß der Stromhersteller bis 2030 halbiert werden kann. Der WWF startet gerade unter dem Motto "PowerSwitch!" eine internationale Kampagne zur Reduzierung von Kohlendioxid durch den Stromsektor. Der Auftakt in Deutschland war eine Pressekonferenz in Berlin, bei der die deutsche Klimachefin des Verbands, Regine Günther, die Politik der Bundesregierung angriff. Sie forderte den Sofortausstieg aus der Subventionierung von Kohle als fossilem Brennstoff zur Stromerzeugung und den Stopp weiterer Investitionen in Kohlekraftwerke.

Die Energieversorgungsunternehmen haben die Chance, sich vom Schmutzkind zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu entwickeln. Rund die Hälfte der deutschen Kraftwerke muss im nächsten Jahrzehnt aus Altersgründen vom Netz. Es wäre ökonomisch unsinnig und ökologisch fatal, die alten Anlagen durch neue CO2-Schleudern zu ersetzen.

Die Verbraucher können den Übergangsprozess unter anderem dadurch fördern, dass sie ökologisch erzeugten Strom nachfragen und ökologische Angebote einfordern, wo es diese noch nicht gibt!

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/zen/14884/1.html>

Günstigster Grüner Strom in Deutschland >>>[Energietipp](#)

Elfenschutz in Island

Der Energiekonzern *Olis* ist ein Unternehmen von internationalem Format. Aber mit Elfen würde es sich nicht anlegen. Zum Bau einer Tankstelle werden zur Not ganze Hügel behutsam versetzt, wenn Elfen in ihm leben!

Die unglaubliche Geschichte, zu der das Unternehmen, besser ist besser, sogar eigens eine Pressemitteilung herausgab, ist keine Ausnahme. Sogar

Ämter erheben solche Mythen inzwischen schon zur Maxime ihrer Arbeit: "Wir wollen das Phänomen nicht einfach leugnen, sondern behutsam damit umgehen", heißt es schon mal in Reykjaviks Straßenbauverwaltung. "Wir haben hohe Umweltgrundsätze und vielleicht ist Elfenschutz ein Teil davon". **"Nicht sinnlos die Erde zerstören und was dazu gehört"**. Mehr bei <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,247954,00.html>

WWF-Kampagne gegen die Vernichtung der indonesischen Regenwälder: Holz von illegal arbeitenden indonesischen Firmen in Deutschland gefunden

Nirgendwo sonst auf der Welt wird der Urwald so schnell abgeholzt wie in Indonesien. **Mehr als 70 Prozent des Holzes werden dort illegal geschlagen!** Nun

fand der WWF heraus, dass der Handel mit illegalem Holz aus Indonesien auch vor

Deutschland nicht Halt macht: Die Umweltschützer hatten sich auf die Suche nach

illegalem Sperrholz aus Indonesien gemacht und wurden prompt in zwei Lagerhallen

in Bremen und Bremerhaven sowie bei einigen Firmen fündig.

"Der WWF geht deshalb von **gewaltigen Dimensionen des illegalen Holzhandels in Deutschland** aus", empört sich Martin Geiger,

Tropenwaldexperte des WWF. „Illegaler Holzeinschlag und Holzhandel sind keine Kavaliersdelikte. Unternehmen und Regierungen müssen umgehend die bisherigen Missstände beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen“, fordert Geiger. Deutschland ist nach Großbritannien der zweitgrößte europäische Importeur von Sperrholz aus Indonesien.

Der WWF fordert die Holzimporteure in Deutschland dazu auf, tropisches Sperrholz nur noch zu kaufen, wenn es mit dem **FSC-Siegel (Forest Stewardship Council)** ausgezeichnet wurde. **FSC ist nach Meinung der Umweltschützer das derzeit einzige internationale Zertifizierungssystem, dessen Vorgaben eine naturverträgliche, sozial verantwortliche und wirtschaftlich tragfähige Nutzung von Holz und Holzprodukten garantieren.** Die FSC-Standards sind weltweit gültig und werden an die lokalen Gegebenheiten angepasst. Vom Wald über sämtliche Produktionsstätten bis hin zum fertigen Produkt wird die gesamte

Händlerkette bis zum End-verbraucher jährlich geprüft. Mehr bei <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01281/index.html>

Auch ebay profitiert vom Handel mit geschützten Tierarten

Auf den Internet-Seiten des Auktionshauses ebay werden täglich mehr als eine Million Artikel angeboten, darunter auch Produkte von geschützten Tierarten. Das *Bonner Komitee gegen den Vogelmord* hat die ebay-Seiten einen Monat durchforstet und ist dabei auf **1641 Auktionen** gestoßen, bei denen Artikel aus besonders und streng geschützten Arten angeboten wurden. Die Summe aller Startgebote dieser Auktionen betrug 342.822 Euro. Im Mai 2003 fand die Kripo in Frankfurt/M. und München bei Hausdurchsuchungen unter anderem Bären-, Puma-, Löwen- und Affenköpfe sowie Puma- und Ozelotfelle, afrikanisches Elfenbein und Präparate von Greifvögeln. Sämtliche Produkte der streng geschützten Arten hatte ein 33jährige Mann über ebay angeboten.

Ebay ist an jeder Auktion auf seinen Seiten umsatzbeteiligt, verdient also auch an sämtlichen Verstößen gegen Vermarktungsverbote kräftig mit.

Protestieren Sie bei

<http://www.regenwald.org>

Noch mehr Treibhausgase

Nobelpreisträger Paul Crutzen befürchtet, dass die Erderwärmung in diesem Jahrhundert stärker ansteigen wird als bisher vermutet. Weitere Wissenschaftler schlossen sich bei der renommierten Dahlem-Wissenschaftler-Konferenz in Berlin dieser Befürchtung an. Das Klimaforschergremium der UNO (IPCC) hatte zuletzt eine Erderwärmung von 1,5 bis 5,8 Grad im 21. Jahrhundert prognostiziert. Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3423.php>

Genetisch modifizierte Nahrungsmittel zum Wohl aller Menschen

Old Europe baue absichtlich Handelsbeschränkungen auf, denn genveränderte Lebensmittel seien eine Waffe gegen den Hunger in der Welt, meint Bush. Das Gen-Moratorium der EU sei auch schuld am Hunger in Afrika.

Der Protektionismus der EU gefährdet die Wiederwahl von Bush, hat er seinen Landwirten doch versprochen, alles zu tun, um ihren Gewinn zu fördern. Der **europäische Markt** wird nach Berechnungen der *American Farm Bureau Federation* auf **300 Milliarden US-Dollar jährlich** geschätzt. Kein geringer Betrag also, mit dem die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten angekurbelt werden soll.

40 Prozent des Getreides in den Vereinigten Staaten sind bereits genetisch! **Der Schutz aller Menschen, die auf die gentechnikfreie Qualität von Bio-Produkten vertrauen und der Schutz der Öko-Landwirte steht aber im Vordergrund.** Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/lis/15055/1.html>

"Antibiotic my way" at Burger King

There's More to A *Burger King* Burger Than Beef!

Increasingly, human ailments are becoming resistant to **antibiotic treatments**. One cause of this resistance is the practice of adding these drugs to the feed of healthy animals. An estimated 70% of the life-saving antibiotics and related drugs produced in this country are fed to food animals to accelerate growth and prevent disease caused by overcrowded and unsanitary conditions on factory farms.

Burger King, the nation's 2nd largest fast-food company, is one of the leading purchasers of poultry, beef, and pork products. *Burger King* CEO Bradley Blum has a unique opportunity to pressure producers and suppliers to reduce antibiotic use in meat production and to monitor suppliers through rigorous data collection and on-site inspections.

Union of Concerned Scientists has waged a campaign for more than a year to convince *Burger King's* rival *McDonald's* to reduce the use of antibiotics in meat production, sending tens of thousands of letters from activists like you. *McDonald's* recently responded and took a lead in the fast-food industry by announcing an initiative requiring its poultry suppliers to phase out the use of antibiotics for growth promotion, affording purchasing preference to other

suppliers who reduce antibiotic use, and instituting a monitoring system to ensure compliance.

Now is the time to tell *Burger King* CEO Bradley Blum that it takes more than a 99-cent hamburger to keep up with *McDonald's*.

Send Blum a letter urging him to announce a plan to meet or exceed the standards set by McDonald's.

Sign the petition here: ><http://www.care2.com/go/z/6529>

Nordostatlantik und Ostsee bedroht von Fischerei, Schiffsverkehr und Schadstoffeinträgen

WWF stellte Studie über Gefahren für die Meeresumwelt durch Schifffahrt und Fischerei vor: Die Meeresumwelt im Nordostatlantik und in der Ostsee ist durch Fischerei, wachsenden Schiffsverkehr und hohe Schadstoffeinträge stark geschädigt. Eine Vielzahl der Meeresvögel und -säugerbestände haben stark abgenommen, viele Fischbestände sind überfischt und wertvolle Lebensräume sind zu weiten Teilen gestört oder bereits zerstört.

Man muss die Ostsee auch vor Tankerunfällen besser schützen. WWF stellte Maßnahmenpaket für mehr Schiffssicherheit vor: **Der Schiffsverkehr in der Ostsee hat sich von 1997 bis heute verdoppelt und wird sich innerhalb der nächsten Jahre noch verdreifachen!** Gleichzeitig wurde jedoch sehr wenig getan, um den einzigartigen Lebensraum Ostsee vor Tankerunfällen besser zu schützen. Mehr bei

<http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01279/index.html>

<http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01272/index.html>

EU-Zuständigkeit für Energie ist unvereinbar mit EURATOM

Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents enthält zwei schwerwiegende energiepolitische Weichenstellungen:

- Der EURATOM-Vertrag soll ohne irgendeinen Abstrich weiter gelten, d.h. die Privilegierung der Atomenergie, außerhalb aller Marktregeln und ohne demokratische Kontrolle, würde weitergehen.
- Die Energiepolitik soll künftig zu den EU-Zuständigkeiten gehören.

- Die Kombination dieser beiden Verfassungselemente ist jedoch nicht akzeptabel. Sie wird darauf hinauslaufen, dass die Energiepolitik in der gesamten Europäischen Union eine Schlagseite zugunsten der Atomenergie und zu Lasten der Erneuerbaren Energien erhält.
- Was also ohnehin fragwürdig ist, würde durch die unveränderte Stellung von EURATOM in der künftigen EU untragbar. Daraus ergibt sich: eine Zuständigkeit der EU für die Energiepolitik muss abgelehnt werden, solange der EURATOM-Vertrag und damit die Privilegierung der Atomenergie nicht aufgehoben wird. Darauf sollten alle Regierungen in Europa hinwirken, die es ernst meinen mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Mehr bei <http://www.eurosolar.org>

Auch *Greenpeace* hat in Österreich eine Kampagne unter dem Motto: "**Atomkraft - auf ewig raus aus Europa**" gestartet. Die Wiener Bundesregierung soll über ein Volksbegehren verpflichtet werden, sich in Brüssel gegen die bisherige Atompolitik und gegen *Euratom* stark zu machen.

Verbraucherschützer verklagen Volkswagen: VW Touareg ist kein Kleinlaster

VW muss sich mit einer Klage des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv) auseinandersetzen. Der vzbv wirft dem Wolfsburger Konzern laut einem Beitrag der *Berliner TAZ* irreführende Werbung vor. Demnach wirbt VW damit, dass sein Offroad-Modell Touareg die **Abgasnorm Euro 3** erfülle. Das sei irreführend, denn die Verbraucher würden nicht darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um eine Abgasnorm für **Kleinlaster** handele.

Die Werbung für das Spitzenmodell des Autobauers stelle den Wagen als Fahrzeug der luxuriösen Oberklasse dar, nicht aber als leichtes Nutzfahrzeug, argumentiert der vzbv. So wird der Touareg durch das Kraftfahrt-Bundesamt offiziell kategorisiert. Die Autohersteller BMW und Mercedes seien bereits für ähnliche Behauptungen in Bezug auf ihre „überdimensionierten Wald- und Wiesen-Bezwinger“ abgemahnt worden, so die *TAZ*.

Demokratie oder Öl-Wirtschaft

Der unverantwortliche Umgang mit dem Öl schafft viele ökonomische, politische und ökologische Probleme, die wir uns im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr leisten können. Dazu gehören sowohl die Ölkatastrophe vor Spanien, Portugal und Frankreich als auch die Irak-Annektion, die bereits vor dem 11. September 2001 beschlossene Sache war. Denn im Jahr 2000 verbrauchten die USA 15% mehr Öl gegenüber 1990 und sie verbrauchen jedes Jahr 1,5% mehr! Und 40% davon verbrauchen die Autos.

>>> Würde der heutige durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der amerikanischen Pkws auf den Durchschnittsverbrauch der deutschen Pkws reduziert werden, so könnte der derzeitige jährliche Erdölverbrauch von Afrika, China und Indien eingespart werden!!!(<http://www.nlpb.de/04-pub/EXPO-PDF/energie.pdf>)

Was wir schon im letzten Jahr veröffentlichten, kommt nun langsam ans Tageslicht:

Die US-Regierung hat die Begründung für den Irak-Krieg auf Fälschungen und Lügen basiert. Und etwa 60 Prozent der US-Bürger waren vor dem Irak-Krieg davon überzeugt, dass Saddam Hussein für den Terrorangriff des 11. September 2001 verantwortlich war und dass es eine Zusammenarbeit zwischen Saddam Hussein und der Terrororganisation Al Quaida geben würde.

In den vergangenen Wochen wurden in den USA und in den Medien der ganzen Welt viele Frage laut, ob George W. Bush wissentlich gefälschte Beweise über die Existenz von Atomwaffen im Irak verwendet hat. Auf der Grundlage solcher Massenvernichtungswaffen wurde gesagt, dass der Irak eine Gefahr für die USA darstellt. Dies war die der Öffentlichkeit gegenüber gegebene Rechtsfertigung der US-Regierung für ihren Krieg.

Massenvernichtungswaffen, Uranoxid aus Afrika für irakische Atomwaffenprogramme etc., **alles erfunden**, um den **Ölkrieg** anzufachen. Die US-Regierung hatte die Behauptung über Iraks Atomwaffenprogramm für Powells Präsentation am 19. Dezember 2002 vor dem Sicherheitsrat und für die Rede an die Nation des Präsidenten am 28. Januar 2003 verwendet, auch als sie bereits wusste, dass die Grundlage für diese Behauptung gefälschte Dokumente waren. Auch GB stützte sich auf selbstgemachte gefälschte Dokumente.

Am 19. März erklärte jedoch Bush den Beginn des Kriegs gegen den Irak und

behauptet, das Ziel des Kriegs sei, "den Irak zu entwaffnen und ... die Welt vor einer großen Gefahr zu schützen".

Welche Konsequenzen hat es, dass dem US-Kongress, der US-Öffentlichkeit, dem Sicherheitsrat der UN und der Welt gefälschte Begründungen für den Krieg gegen den Irak gegeben wurden? John W. Dean, ein früherer Berater von Präsident Nixon, erinnerte unlängst die Öffentlichkeit daran, dass ein Missbrauch der Regierungsaufgaben durch den Präsidenten und andere Regierungsbehörden ein **Vergehen der schwersten Art** sei. So erklärt er, dass die Lügen von Regierungsangehörigen über die Massenvernichtungswaffen ein Problem für die Aufrichtigkeit der US-Regierung darstellen!

Einen Krieg gegen eine souveräne Nation aufgrund gefälschter Behauptungen und verfälschter Darstellungen zu beginnen, wie sie hinsichtlich der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak vorgebracht wurden, stellt den demokratischen Prozess in Frage.

Wie können die Menschen überprüfen, was ihre Regierungsangestellten machen, wenn diese sie offen anlügen?

Wie kann der Anschein eines Handelns nach der Verfassung, in der die Souveränität der Menschen aufbewahrt ist, aufrecht erhalten werden, wenn diese nicht wissen dürfen, was die Regierungsangehörigen machen?

Dies ist ein großes Problem für das Wesen und die Zukunft von Recht und Regierung. Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/irak/15061/1.html>

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/buch/14958/1.html>

Amerika steht vor schicksalhaften Entscheidungen, die bedeuten könnten, sich in eine Serie von Kriegen zu stürzen, die den Kampf der Kulturen, vor dem der Harvard-Professor Samuel Huntington warnte, tatsächlich entzünden könnten. Diese Kriege wären eine Katastrophe für die Welt und für dieses Land.

Amerika müsse sich damit abfinden, "Gestalter der Nationen im großen Rahmen und ohne Alternative zu sein", doziert Robert Kagan. Aber diese neokonservative Vision wird uns wohl in ein Zeitalter hinüberleiten, welches Harry Elmer Barnes "den ewigen Krieg für den ewigen Frieden" genannt hat. Präsident Bush hat sich von den *Neocons* in eine Falle locken lassen, die ihn die Wiederwahl kosten dürfte und Amerika der Friedensdividende beraubt hat. Damit ist das Werk zweier Generationen aus der Zeit des Kalten Krieges vernichtet.

Quelle: Berliner Brief Nr. 223

Europäischer Haftbefehl verabschiedet

Auch hier befürchten demokratische Juristen ein Vereintes Europa der Repression:

Werde ich demnächst nach London ausgeliefert und dort inhaftiert, wenn ich einen spanischen Stierkämpfer bei einem Grundstückkauf in Großbritannien berate?

Die demokratischen Juristen Europas befürchten, dass sich in Zukunft die repressivsten Elemente der einzelnen Länder auf EU-Ebene durchsetzen könnten. "Der Europäische Haftbefehl war Bestandteil der großen Mogelpackung namens **Antiterrorismus-Roadmap**, den Maßnahmen auf EU-Ebene zur Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001", meint der Berliner Strafverteidiger Wolfgang Kaleck. Mehr bei <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15095/1.html>

Militainment und Wahrheitsvernichtungswaffen

Die USA rüsten sich für das ***Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert***.

Die sog. "Crazies" im Pentagon, die von Bush sen. noch auf Distanz gehalten wurden, bestimmen jetzt die Geschicke der US-Verteidigungspolitik.

Militainment, eine Mischung aus militärischer Gewalt und sehr professionell geführter und verkaufbarer Medienmanipulation macht sich breit; US-Haudegen Richard Perle, bis Ende März noch Vorsitzender des *Defense Policy Board* des Pentagon und Berater von Rumsfeld, meint: Die UN hat sich für Washington erledigt ("zu schlecht zu managen"), Chirac hat einen "schweren Fehler" begangen und nordkoreanische Atomanlagen werden demnächst bombardiert (Präventiver "chirurgischer" Schlag gegen Nordkorea). "Eigentlich wollen wir das ja nicht", so Perle. Aber die tun ja alle nicht, was Washington sagt.

Rumsfeld denkt über eine **unter der Regie des Pentagon stehenden internationalen Eingreiftruppe** nach und Bush hatte schon während seines Wahlkampfes gesagt, dass friedenssichernde Operationen die Bereitschaft und die Moral der Soldaten senken, die zum Kämpfen ausgebildet seien. Mit solch einer angedachten Truppe will man sich möglichst ganz aus der UN

zurückziehen, selbst die Nato scheint noch - dazu mit kritischen Partnern - zu verpflichtend oder einengend zu sein. Sie ist Ausdruck des erprobten Modells des amerikanischen Internationalismus, nämlich der Koalition der Willigen, so dass die USA das Zepter in den Hand behalten.

(<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15096/1.html>)

US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice ruft die Europäer zum Kampf gegen Iran und Nordkorea auf und fordert den Schulterschluss mit den USA. Ähnlich wie vor dem Irak-Krieg drohte sie mit einem Alleingang der USA, wenn die Europäer nicht mitmachen, wobei sie militärisches Vorgehen nicht ausschloss. "Die Vermeidung von Gewalt an sich ist kein endgültiges Ziel. Manchmal muss man Kriege kämpfen, um mit Tyrannen umzugehen." Die Einheit mit den USA ist unsere historische Chance...

(<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15090/1.html>)

[Ausgerechnet das verarmte Nordkorea soll hochkarätige Infowar-Experten ausbilden, aber es ist noch nicht einmal gewiss, ob das Land tatsächlich Atomwaffen besitzt.]

Es wurden auch ernste Folgen für Europa angekündigt, wenn die US-Bürger und Alliierte nicht weiterhin Immunität vor der internationalen Rechtssprechung genießen; ein Gesetzesentwurf droht beim Weltrechtsprinzip mit Gewalt!

(<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/co/14973/1.html>)

Das Netzwerk US-amerikanischer Militärstützpunkte stellt einen global-nebulösen Nicht-Ort dar, der ständig seine Koordinaten abhängig vom ökonomischen und politischen Klima wechselt. Auch die absolute militärische Dominanz im Weltraum wird vom Pentagon angestrebt. Die US-Regierung scheint jetzt eine noch aggressivere Haltung einzunehmen und die militärische Benutzung des Weltraums aktiv kontrollieren zu wollen - zumindest in den Umlaufbahnen um die Erde, die derzeit interessant sind. Schon der Rumsfeld-Bericht hatte vor einem Pearl Harbor im Weltraum gewarnt, wenn die USA nicht die erdnahen und geosynchronen Umlaufbahnen beherrsche.

Dazu General Franklin Blaisdell, Leiter der Abteilung für "Space Operations and Integration" bei der US Air Force: "Ich glaube nicht, dass viele erkennen, wie mächtig wir sind. Alle Länder respektieren die Macht der USA, und sie respektieren, wie mächtig wir in dieser Region (dem Weltraum) sind. Wir

müssen den Weltraum beherrschen, weil es sehr schwierig sein würde, einen Krieg ohne unsere Weltraummittel und die Möglichkeiten, die sie uns bieten, zu führen.

Wir werden ein im Weltraum positioniertes Radarsystem haben, mit dem wir zu jeder Zeit beobachten können, was in kritischen Regionen der Erde geschieht. Wir werden die Bewegungen von potenziell feindlichen Ländern verfolgen und die Informationen schnell und leicht der internationalen Gemeinschaft übermitteln können.

Gleich, ob es der Irak oder ein anderer Feind der USA und ihrer Alliierten ist, so sage ich Ihnen, dass wir so dominant im Weltraum sind, dass ich ein Land bemitleiden würde, das gegen uns antreten würde. Die Synergie der Luft-, Land- und Seekräfte und unsere Möglichkeit, das Schlachtfeld zu kontrollieren und den Luftraum einzunehmen, ist überwältigend."

Daneben soll eine Armada an Raumschiffen entwickelt werden, mit denen sich Satelliten der Gegner angreifen und zerstören lassen.

Selbst Alliierte sollen sich dem Ansinnen beugen müssen (und zwar ohne Veto-Möglichkeit), während die USA mit Waffengewalt die erdnahen Umlaufbahnen kontrollieren wollen. Mit der absoluten Weltraumhoheit hätten die USA zur Errichtung der "Pax americana" ein ungeheueres Drohpotenzial, aber gleichzeitig auch ein Lockmittel, "Alliierte und Freunde" zu gewinnen, die sich unter den Schutz der Supermacht begeben wollen/müssen...

Doch diese militärische Übermacht fördert natürlich den Terrorismus und bald läuft die Zeit aus für den Mann, der die Probleme der Welt schnell und gerne auch militärisch lösen will, der im Auftrag von *Gott* handelt und den 11.9. als Zeichen für einen geschichtlichen Auftrag für *God's own country* und dessen Verkörperung George W. Bush sieht. Aber so schnell und mediengerecht, wie Bush die Probleme, wenngleich im göttlichen Auftrag und mit göttlicher Hilfe, im Sinne des "amerikanischen Internationalismus" gelöst haben will, geht es in der wirklichen Welt trotz der Möglichkeiten nicht zu, über die eine Supermacht verfügt - nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nicht im Nahen Osten und nicht hinsichtlich al-Qaida.

Bush könnte auch als warnendes Beispiel für einen US-Präsidenten in die Geschichte eingehen, der die Zeichen seiner Zeit nicht verstanden und zu wenig Geduld und Wissen aufgebracht hat, um die drängenden Fragen zu lösen - und nicht gefährlich zuzuspitzen. Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14980/1.html>

Der Kommunikationswissenschaftler Noam Chomsky beschreibt seit vielen

Jahren die Herstellung von Konsens durch gleichgeschaltete Massenmedien. Über die Gräueltaten der "Feinde" wird immer ausführlicher und negativer berichtet als über die der befreundeten Staaten oder Gruppen. Umgekehrt verhält es sich natürlich bei den Berichten über "verdienstvolle Handlungen". So sei eine tendenziell regierungsfreundliche Berichterstattung längerfristig besser für die Wirtschaft und damit auch für die Medienkonzerne selbst. Die mehrheitlich von Republikanern besetzte FCC hat die Kartellgesetze gelockert, so dass Kritiker um noch weiter schrumpfende Informationsvielfalt fürchten. (<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/14925/1.html>) Zwei von drei US Bürgern haben kein Vertrauen mehr in die Qualität des amerikanischen Journalismus, nachdem Reporter der "The New York Times" in Verruf gekommen sind.

Amtsenthobungsverfahren - Impeachment für Bush

Wie wir bereits im letzten Jahr an dieser Stelle andeuteten, steht Bush sehr wahrscheinlich bald ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment = Anklage auf Amtsenthebung) bevor, wie es seinerzeit (dem harmloseren) Richard Nixon schon ergangen ist. Man darf als Präsident alles, nur nicht wissentlich **lügen!** Werden die Lügen des US-Präsidenten vor dem letzten Irak-Krieg zu Bush's *Watergate*?

Die ersten Stimmen aus dem US-Kongress, die der Bush-Regierung bewusste Irreführung vorwerfen, kommen aus der Ecke, die am meisten davon direkt profitieren könnte. So hat z.B. Senator John Kerry, ein demokratischer Präsidentschaftskandidat, deutlich gemacht: "[Bush] hat uns alle irregeführt. Deshalb kandidiere ich für die Präsidentschaft." Sollte er die Wahlen gewinnen, werde er der Sache auf den Grund gehen.

Abgeordneter Kucinich, ein weiterer Kandidat für die Nominierung der Demokraten, hatte bereits am 5.6. die Resolution 260 verfasst, die vorsieht, dass die Bush-Regierung ihre Beweise für Massenvernichtungswaffen dem Abgeordnetenhaus vorlegen muss.

Auch Howard Dean, Gouverneur von Vermont und Präsidentschaftskandidat für 2004, warf der Bush-Regierung "Irreführung" vor. Und es gibt anscheinend mehr als 41 Abgeordnete, die Bush Lügen strafen wollen, denn auch der demokratische Abgeordnete Jose E. Serrano aus New York, der die Resolution 260 nicht unterschrieben hat, spricht mittlerweile sogar offen von "Lügen":

"[Bush] lied to the American people, to Congress, and to the United Nations

about weapons of mass destruction, bombed a country and killed many people, [and] in the process we lost some of our own brave folks."

Gerade wurde zwar ein Ausschuss im Kongress ins Leben gerufen, um die Beweise aus Geheimdienstkreisen zu untersuchen, doch die Ergebnisse der Untersuchung sollen nicht veröffentlicht werden. Dagegen würde Kerrys Resolution 260 solche Ergebnisse publik machen, und das könnte durchaus Konsequenzen haben.

Beweise, selbst aus den eigenen Reihen, gäbe es genug, dass Bush & Co. gelogen haben. General Wesley Clark sagte im US-Fernsehen, **dass er bereits am 11.9.2001 vom Weißen Haus dazu aufgefordert worden sei, vor der Presse zu behaupten, Saddam Hussein sei in die terroristischen Anschläge verwickelt gewesen.** Und aus England kommt der Vorwurf von der ehemaligen Entwicklungshilfeministerin Claire Short, **dass Bush und Blair sich bereits im Sommer 2002 auf einen Krieg gegen den Irak geeinigt hatten.** Jetzt bekommt auch Tony Blair zunehmend Kritik von allen Seiten.

Wenn es gelingt, die breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, gelingt auch das Amtsenthebungsverfahren. Schon jetzt ist klar, dass die großen Medien von *The Atlantic* bis zur *Los Angeles Times* das Problem der Glaubwürdigkeit darin sehen, dass die Bush-Regierung für künftige Interventionen weniger Unterstützung bekommen könnte. Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15050/1.html>

The RESOLUTION OF IMPEACHMENT OF PRESIDENT GEORGE WALKER BUSH at

<http://www.impeach-bush-now.org/Articles/CampaignMore/GonzalesResolution.htm>

Und was wäre, wenn Bush tatsächlich des Amtes enthoben werden würde? Öl-Gangsterboss Dick Cheney würde ans Ruder kommen, das er als Steuermann und eigentlicher Geschäftsführer der Regierung ohnehin längst bedient.

Hillary for President

Das regten wir hier schon vor sechs Monaten an.

Nun räumen Hillary Clinton 37 Prozent der Befragten die besten Chancen ein, 2004 den Republikaner-Präsidenten George W. Bush aus dem Amt zu kippen. Die Senatorin und letzte First Lady ist der neue Wunsch- und Schattenkandidat ihrer Partei und bis heute das faszinierendste Mitglied der

Demokraten. Hillary Clinton ist auf einmal wieder das politische Tagesthema einer Nation, deren jetziger Biedermann-Präsident wenig Unterhaltungsstoff bietet.

Gesteuert wird die jüngste "Hillarymania" (*Chicago Sun-Times*) derzeit ganz geschickt von ihr selbst. Am 9. Juni kamen ihre Erinnerungen an die Jahre im Weißen Haus ("Living History") weltweit in den Buchhandel - eine erste Stellungs-Positionierung für den übernächsten Präsidentschaftswahlkampf 2008, an dem sie Interesse hat.

Denn mehr noch als die privaten Details ihrer Odyssee möchte Clinton ihre politischen Werte verkaufen. Aus dem Rennen 2004 will sie sich heraushalten und hat sogar ihre Chef-Strategen für die Parteikollegen freigestellt. Soll es doch denen überlassen bleiben, sich mit dem populären George W. Bush einzulassen. 2008 aber sei eine Option. Bush würde dann, so überhaupt wieder gewählt, nach zwei Amtsperioden automatisch ausscheiden. Und Mrs. Clinton hätte den gerissensten Polit-Taktiker ihrer Generation als Wahlkampfchef zur Seite: ihren Ehemann.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,251026,00.html>

Finding the peak on US-energy investments

Matthew Simmons is an **energy advisor** to the Bush Administration and head of his own investment banking firm, which specializes in **energy company investments**. He served on Dick Cheney's *National Energy Plan committee*. *Simmons & Company* is the only independent investment bank specializing in the entire spectrum of the energy industrie. The firm has acted as financial advisor in nearly 57.9 billion Dollars of transactions. Simmons has served as co-manager on more than 7.9 billion Dollars in public dept and equity offerings. The firms clients range from small, privately held companies to multi-billion dollar public entities... More at

<http://www.simmonsco-intl.com/default.htm>

US Federal Reserve - das Ende der Freiheit

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts starteten jene Banken, die durch **Rothschild** kontrolliert waren, eine große Kampagne, um die reiche US-

Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die europäischen Rothschilds finanzierten die **J.P. Morgan & Co. Bank**, die Bank von **Khun Loeb & Co**, **John D. Rockefellers Standard Oil Co.**, **Edward Harrimans Eisenbahn** und **Andrew Carnegie's Stahlwerke**. Diese Verbindung war sicherlich mehr als nur ein Standbein in der US-Wirtschaft. Um 1900 sandten die Rothschilds einen anderen Agenten in die USA, **PAUL WARBURG**, um mit der »Khun Loeb & Co. Bank« zusammenzuarbeiten. Merken Sie sich diesen »Rothschild-Agenten« sehr gut, er wird noch viele Organisationen miteinander vernetzen! **JACOB SCHIFF** und **PAUL WARBURG** starteten eine Kampagne für die Errichtung der »**FEDERAL RESERVE BANK**« als fest installierte private Zentralbank in Amerika. Jacob Schiff ließ die New Yorker Handelskammer bei einer Rede 1907 wissen:

»Wenn wir keine Zentralbank mit einer ausreichenden Kontrolle über die Kreditbeschaffung bekommen, dann wird dieses Land die schärfste und tiefgreifendste Geldpanik seiner Geschichte erleben.« (»Die Absteiger«, Des Griffin).

Gesagt, getan, stürzten sie daraufhin die USA in eine Währungskrise, deren daraus resultierende Panik am Kapitalmarkt das Leben zehntausender Menschen im ganzen Land ruinierte. **Die Panik an der New Yorker Börse brachte den Rothschilds neben mehreren Milliarden US-Dollar auch den gewünschten Erfolg**. Schlau ausgedacht, benutzte man die Panik als Argument, nun endlich eine **Zentralbank** zu errichten, um Vorfälle wie diesen zu vermeiden. Paul Warburg sagte dann dem Bank- und Währungskomitee: »Das erste, was mir auf die Panik hin in den Kopf kam, ist, daß wir eine nationale Clearing-Bank (Zentralbank) brauchen ... « (»Die Insider«, Gary Allen).

Die endgültige Version des Beschlusses, das »**FEDERAL RESERVE SYSTEM**« (die **private** Zentralbank Amerikas) einzuführen, entstand auf einem Privatgrundstück J.P. Morgans, auf Jekyll Island, Georgia. Die Anwesenden des Treffens waren den Recherchen von Herbert G. Dorsey zufolge: A. Piatt Andrew, Senator Nelson Aldrich, Frank Vanderlip, (Präsident der Khun Loeb & Co); Henry Davidson, (Senior Partner der J.R Morgan Bank), Charles Norton, (Präsident von Morgans First National Bank), Paul Warburg und Benjamin Strong, (Präsident von Morgans Bankers Trust Co). Die Einführung der »Federal Reserve« 1913 ermöglichte nun den internationalen Bankiers, ihre finanzielle Macht in den USA sehr zu festigen. **PAUL WARBURG** wurde der erste Vorsitzende der »New York Federal

Reserve Bank«.

Dem »Federal Reserve« Beschluß folgte der 16. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der es nun dem Kongreß ermöglichte, das persönliche Einkommen der US-Bürger zu besteuern. Das war die Konsequenz, nachdem die US-Regierung nun kein eigenes Geld mehr drucken durfte, um ihre Operationen zu finanzieren.

Dies war das erste Mal in der Geschichte seit der Gründung der USA, dass das Volk Einkommenssteuer bezahlen mußte.

Die wichtigsten Aktienbesitzer der »FEDERAL RESERVE« (der Fed) waren:

1. Rothschild Banken aus London und Paris
2. Lazard Brothers Bank aus Paris
3. Israel Moses Seif Bank aus Italien
4. Warburg Bank aus Amsterdam und Hamburg
5. Lehmann Bank aus New York
6. Khun Loeb Bank aus New York
7. Rockefellers *Chase Manhattan Bank* aus New York.
8. Goldman Sachs Bank aus New York

Kongreßmitglied CHARLES LINDBERGH beschrieb schon damals die neu entstandene Federal Reserve Bank als die **»unsichtbare Regierung«**, durch ihre Geldmacht.

Wie funktioniert die »Federal Reserve Bank«?

Das »Komitee des offenen Marktes« der Fed produziert »Federal Reserve Noten« (Dollar-Scheine). Diese Noten werden dann für Obligationen (Schuldverschreibungen) der US-Regierung verliehen, die der Fed als Sicherheit dienen. Diese Obligationen werden durch die zwölf Fed-Banken gehalten, die wiederum die jährlichen Zinsen darauf beziehen.

Entsprechende Aumerkung zur heutigen Situation:

1982 nannte das US-Finanzamt den Schuldbetrag von rund \$1,070,241,000,000. **Die Fed sammelte also rund \$ 115,800,000,000 Zinsen in nur einem Jahr von den amerikanischen Steuerzahlern ein. Dieses Zinskapital geht ganz allein in die Taschen der Fed, und damit zu den internationalen privaten Bankiers.**

1992 waren die Obligationen, die durch die Fed gehalten werden, bei rund \$ 5,000,000,000,000. und die Zinszahlungen der Steuerzahler steigen ständig. Und dieses ganze Vermögen hat die Fed erschaffen, indem sie der US-Regierung Geld verleiht und dafür hohe Zinsen kassiert, das die Fed an sich

nur Farb- und Druckgebühren kostet. Das ist einer der größten Schwindel in der Geschichte der USA und kaum einem fällt es auf.

Dazu kommt, dass die Fed, durch die Obligationen der US-Regierung das **Pfandrecht**, staatlich und privat, auf den Grundbesitz der gesamten Vereinigten Staaten von Amerika hat. Zahllose Gerichtsverfahren waren bisher ohne Wirkung, um das »Federal Reserve«-Gesetz rückgängig zu machen. Es gibt auch rechtlich keinen Weg für die Bürger, das Geld zurückzubekommen, da die **Fed keine Abteilung der US-Regierung, sondern eine private Einrichtung** ist.

Angeblich ist die Fed verfassungsrechtlich nicht erlaubt und damit gar nicht existenzberechtigt. Neun US-Staaten haben deshalb bereits »Staatsverfahren« laufen, um die Fed aufzuheben.

<http://home.pages.at/joker/ufo/buch/buch1/16g.htm>

Die großen Zentralbank-Lügen

Von Prof. Joseph E. Stiglitz

Eine unabhängige Zentralbank, die sich ausschließlich um Preisstabilität kümmert, ist das Kernstück der magischen Formel von der "Wirtschaftsreform". Wie so viele dieser Maximen wurde auch diese so oft wiederholt, dass man mittlerweile auch daran glaubt. Aber kühne, selbst von Zentralbankern aufgestellte Behauptungen ersetzen weder Forschung noch kritische Analyse. Forschungsergebnisse deuten nämlich darauf hin, dass sich inflationsorientierte Zentralbanken am besten der **Inflationskontrolle** widmen sollen. Inflationskontrolle ist jedoch auch kein Selbstzweck: Sie ist nur ein Mittel, um für schnelleres und stabileres Wachstum und geringere Arbeitslosigkeit zu sorgen.

Um diese realen Variablen geht es nämlich und es gibt wenig Beweise, dass Zentralbanken, die sich ausschließlich um Preisstabilität kümmern, in diesen entscheidenden Bereichen mehr erreichen. George Akerlof, der mit mir im Jahr 2001 den Wirtschaftsnobelpreis gewann, wies gemeinsam mit seinen Kollegen eindringlich darauf hin, dass es eine optimale Inflationsrate über Null gibt. **Die rücksichtslose Politik der Preisstabilität gefährdet also eigentlich das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand.** Jüngste Forschungsergebnisse nähren sogar Zweifel, ob die ausschließliche Ausrichtung auf Preisstabilität den Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit reduziert.

Die amerikanische Zentralbank **Federal Reserve** hat nicht nur für Preisstabilität zu sorgen, sondern auch das Wachstum und die Vollbeschäftigung zu fördern. In den Vereinigten Staaten herrscht ein breiter Konsens gegen die Einengung des Mandats der Zentralbanken, so wie dies bei der Europäischen Zentralbank der Fall ist. In Europa stockt das Wirtschaftswachstum, weil sich die EZB durch ihr Augenmerk auf die Inflation selbst daran hindert, die wirtschaftliche Erholung zu fördern.

Zentralbanken treffen jedoch Entscheidungen, die sämtliche Facetten einer Gesellschaft betreffen, wozu auch Wachstumsraten und Arbeitslosigkeit zählen. Weil es diese Trade-offs aber gibt, können ihre Entscheidungen nur als Teil eines politischen Prozesses getroffen werden.

Manche kommen mit dem Argument, auf lange Sicht gäbe es keine Trade-offs. Aber wie Keynes schon sagte, sind wir auf lange Sicht alle tot. Selbst wenn es unmöglich wäre, die Arbeitslosigkeit unter eine kritische Marke zu senken, ohne dabei die Inflation anzuziehen, bleibt immer noch die Ungewissheit, wo diese kritische Marke liegt. Dementsprechend ist auch ein gewisses Risiko unvermeidlich: Eine zu lockere Geldpolitik birgt das Risiko der Inflation in sich, eine zu strenge Geldpolitik kann zu unnötiger Arbeitslosigkeit mit all dem dazugehörigen Leiden führen.

Während des Booms in Amerika in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Clinton-Administration der Ansicht, man könnte das Risiko eingehen und die Arbeitslosigkeit senken, vor allem wenn man die sozialen Erträge - sinkende Zahl von Sozialhilfeempfängern, Reduktion von Gewalttaten - dem direkten ökonomischen Nutzen zuzählte. Im Gegensatz dazu forderte der IWF eine strengere Geldpolitik, weil man den Kosten der Arbeitslosigkeit und dem Nutzen durch die Senkung der Arbeitslosigkeit viel weniger Gewicht beimaß als den Kosten einer potenziellen Inflation.

Die Wirtschaftsanalyse von Clintons wirtschaftlichem Beraterstab erwies sich als richtig, die Einschätzung des IWF (und der Fed) als falsch. In Amerika konnte ohne Inflation eine sehr niedrige Arbeitslosenrate erreicht werden - die letztlich sogar unter 4 % fiel.

Das ist aber eigentlich nicht der Punkt: Der Punkt ist vielmehr, dass sich niemand sicher sein konnte. Ein gewisses kalkuliertes Risiko ist immer unvermeidlich. Wer es letzten Endes zu tragen hat, hängt von den unterschiedlichen strategischen Ansätzen ab. Die Entscheidung darüber kann - oder soll - zumindest nicht den Technokraten der Zentralbanken überlassen bleiben. Während es legitime Diskussionen darüber gibt, wie weit die in einer Demokratie den Zentralbanken und anderen Entscheidungsträgern

zugestandene Unabhängigkeit gehen soll, dürfen die Perspektiven derjenigen, die durch ihre Entscheidungen betroffen sind, nicht außer Acht gelassen werden.

Arbeiter beispielsweise haben viel zu verlieren, wenn Zentralbanken eine strikte Politik verfolgen, aber sie haben im Entscheidungsprozess keine Stimme. Die Finanzmärkte allerdings - die durch Arbeitslosigkeit nicht viel zu verlieren haben, jedoch sehr wohl durch Inflation - sind typischerweise stark vertreten. Doch Finanzmärkte haben aber wohl kaum das Monopol auf fachmännische Kompetenz.

So haben wenige Finanzexperten eine genaue Vorstellung von den komplizierten Zusammenhängen im makroökonomischen System. **So wurden beispielsweise die meisten Rezessionen in den USA seit 1945 deshalb verursacht, weil die Fed zu stark auf der Bremse stand.** Ebenso waren die Zentralbanken in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts glühende Verfechter des Monetarismus, als empirische Daten die Fragwürdigkeit der ihm zugrunde liegenden Theorien bereits zuhauf bestätigten.

Entwicklungsländer müssen nicht nur über die Unabhängigkeit der Zentralbanken nachdenken, sondern auch über deren Mandat und wer dort vertreten sein soll. Es ist ein Ausgleich zwischen ökonomischer Effizienz und demokratischer Verantwortlichkeit zu schaffen.

In vielen neuen Demokratien sind die Bürger verwirrt. Zuerst preist man die Vorzüge des neuen Regimes an und anschließend erzählt man ihnen, dass makroökonomische Entscheidungen zu wichtig sind, um sie demokratischen Prozessen zu unterwerfen. Man warnt die Bürger vor der Gefahr des Populismus (und meint damit den Willen des Volkes?).

Es gibt keine einfachen Antworten. Aber in zu vielen Ländern gibt es auch keine demokratische Debatte über die Alternativen.

Joseph E. Stiglitz ist Professor für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Columbia University und wurde 2001 mit dem **Nobelpreis für Ökonomie** ausgezeichnet. Er war Leiter des wirtschaftlichen Beraterstabs von US-Präsident Clinton und Chefökonom und Vizepräsident der *Weltbank*. Sein Buch „Die Schatten der Globalisierung“ erschien in diesem Frühjahr in Russland.

Copyright: Project Syndicate, Juni 2003.

http://www.project-syndicate.org/series/series_text.php4?id=1232&lang=5

Managerkultur oder -unkultur - nicht nur bei WorldCom

Sorgfaltspflicht, Loyalität und Wahrheitspflicht sind bei WorldCom teilweise grob vernachlässigt worden. Wer in dem Bericht ein wenig schmökert, fühlt sich manchmal in vorindustrielle Zeiten zurückversetzt. Hat man es tatsächlich mit einem Konzern zu tun? Vieles liest sich eher wie ein Bericht über einen feudalen Hofstaat - der schlecht geführt wurde.

So warf CEO Ebbers September 2000 einen dicken Paken WorldCom-Shares auf den Markt und streifte 70 Millionen Dollar ein. Nur wenige Tage später, am 4. Oktober 2000, brach der Kurs rapide ein. Eine Aktie war nur mehr 2,25 Dollar wert. Anstatt verantwortungsvolle Maßnahmen zu setzen, um WorldCom und deren Shareholder vor Mr. Ebbers' verschlechternden persönlichen Finanzsituation zu bewahren, vergrößerte das 'Compensation Committee' das Problem, indem es ihm noch im selben Monat eine 75 Millionen Garantie und zusätzlich einen 25 Millionen Kredit gewährte. Letztlich erreichten die Darlehen für Mr. Ebbers eine Höhe von über 400 Millionen. WorldCom war kein simpler Crash, sondern Betrug an den Aktionären, Mitarbeitern und letztlich enormer volkswirtschaftlicher Schaden.

Kriterien der Nachhaltigkeit und vorausschauenden Planung rangierten offensichtlich auf der Werteskala der Führungsetage sehr weit unten. Neben der Frage nach dem Vermögen, nachhaltig zu handeln und den "social skills" von Managern, ebenso wie der grundsätzlichen Ausrichtung des Personalmanagements, wird es unabdingbar werden, die Ausgestaltung von Managerverträgen selbst zu durchleuchten.

Am Augenfälligsten sind sicher die exorbitanten Gagen, die sich in den letzten Jahren eingebürgert haben. Ulrich Thielemann, Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen: "Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass die exorbitanten Gehälter vor allem jenen Managern zuflossen, deren Firmen nun in Schwierigkeiten geraten sind." Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15020/1.html>

[Die Vorstände der Deutschen Bank sind jetzt bei einem jährlichen Salär von **6,7 Millionen Euro** angelangt!]

UN-Bericht schlägt Alarm – Klimaschutzziel von Kyoto kaum noch zu erreichen

Laut einem von der Weltklimakonferenz vorgelegten UN-Report wird die EU bis 2010 ihre Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 lediglich um 0,6 Prozent verringern. Mehr bei

http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n7168

Statistik

Bioboom: 2002 wuchs der mit Bio-Lebensmitteln erzielte Umsatz in der Schweiz um 13%.

Nur Däninnen und Dänen (gut 70 Euro) geben pro Kopf noch mehr Geld für Bionahrungsmittel aus als die Schweizer (knapp 70 Euro). Nach Österreich (40 Euro) ist Deutschland auf Platz 4 (30 Euro). Der Europa-Durchschnitt beträgt etwas mehr als 20 Euro.

Beim Anteil Bio-Landbau ist die Schweiz auf Platz 3: Schweden gut 12%, Italien knapp 10%, Schweiz ca. 9%, Österreich gut 8%, Deutschland auf Platz 8 mit knapp 4% (alle Zahlen aus dem Jahr 2001). Im Jahr 1993 war Österreich Spitzenreiter mit gut 2%, alle anderen Länder hatten weniger als 2%.

<http://www.tages-anzeiger.ch>

Greenpeace: "Öl raus - Wind rein"

Greenpeace wirft der englischen Regierung vor, einen Beschluss zum Schutz der Nordsee vor radioaktiver Meeresverschmutzung zu missachten, den London selbst vor fünf Jahren noch mitunterstützt hatte. Damals wurde international vereinbart, dass die radioaktiven Abfälle der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield, die ins Meer gelangen, bis zum Jahr 2020 minimiert werden müssen. Mehr bei

<http://www.greenpeace.de>

Ohne Menschen ginge es der Erde besser (Dalai Lama)

Aus einem Gespräch von Franz Alt mit dem Dalai Lama:

"Die kulturelle Überfremdung führt dazu, dass die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land werden. Das führt auch zu Umweltkatastrophen, weil sich die Chinesen der Ökologie auf dem Dach der Welt kaum anpassen können. Die Umweltsituation in Tibet hat aber Auswirkungen auf ganz Ost- und Südasiens, auf China, Nepal und Indien. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die fünf größten Flüsse Asiens entspringen alle dem Himalaya. **Abholzungen in Tibet haben in China zu riesigen Überschwemmungen geführt. Davon waren 1998 über 100 Millionen Chinesen direkt betroffen.** Von diesen ökologischen Zusammenhängen nimmt die Welt fast keine Kenntnis.

Die ökologische Situation auf der ganzen Welt ist natürlich eine Katastrophe: Treibhauseffekt, Wasserknappheit, Artensterben, Waldrodungen, chemisierte Landwirtschaft! **Wenn wir so weitermachen, hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln eine einzige Wüste. Wir sind dabei, und selbst auszurotten. Für die Erde wäre es ohnehin das Beste, wenn wir Menschen bald verschwinden. Ohne Menschen ginge es der Erde besser. Aber noch haben wir eine Chance, uns zu ändern. (lacht laut und lange)** Aber niemand weiß, ob wir die Chance wirklich nutzen. (lacht weiter)

"Eine Umweltpolitik, die diesen Namen verdient, ist Voraussetzung für unser Überleben. In einer zerstörten Welt kann man auch nicht erfolgreich wirtschaften. Leben, arbeiten und wirtschaften mit der Natur und nicht mehr länger gegen die Natur, ist unser großer Lernprozess. Unser Planet ist unser Zuhause, unser einziges Zuhause. Wo sollten wir denn hingehen, wenn wir ihn zerstören?" Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Interviews/3450.php>

Umwelt-Termine

22. August 2003 in Bonn

Jubiläumsveranstaltung „15 Jahre EUROSOLAR“

Veranstalter: EUROSOLAR e.V.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

EUROSOLAR e.V.

Kaiser-Friedrich-Str. 11

53113 Bonn

Tel.: 0228 / 36 23 73

Fax: 0228 / 36 12 13

e-Mail: inter_office@eurosolar.org

Internet: www.eurosolar.org

4th - 6th September 2003, University of Geneva

SMIA 03 - SUSTAINABLE MANAGEMENT IN ACTION

Workshops: Sustainable entrepreneurs, sustainable mobility, capacity building, sustainable management in developing countries, environmental management systems, sustainable financing, standards and certification, social responsibility, sustainable energies, clean production, e-innovation (Internet), sustainable SME's, Ecoefficiency, new markets. More at <http://www.smia03.org>

18.-21.09.2003 in Augsburg:

Praxisbezogene Informationen rund um Förderung und Technik gibt die **Sonderschau Heizen mit Sonne und Holz** im Rahmen der internationalen Kongressmesse HolzEnergie 2003.

http://www.holz-energie.de/index_sonne.htm

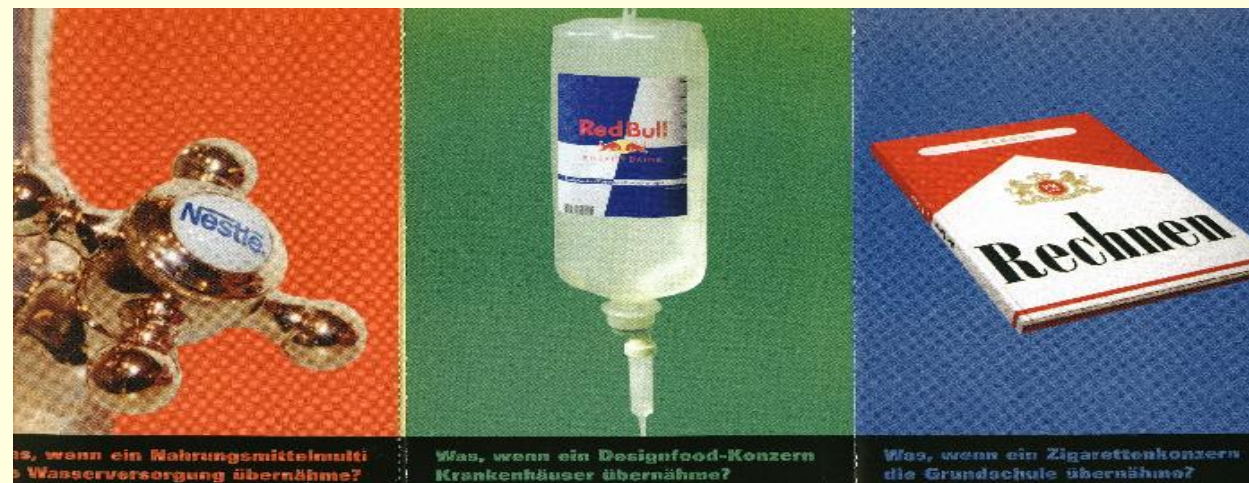
Über 20 Jahre Haft für Ex-Manager von Elf Aquitaine

Die Pariser Staatsanwaltschaft hat im Prozess gegen die Verantwortlichen im Skandal um den Staatskonzern *Elf Aquitaine* langjährige Haftstrafen gefordert. Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet, sollen die drei Hauptangeklagten des Korruptionsskandals ins Gefängnis.

Nach Auffassung der Anklagebehörde haben die Beschuldigten sich persönlich bereichert und die Kassen des Konzerns im großen Maßstab geplündert. Von 1989 bis 1993 seien **insgesamt rund 300 Millionen Euro veruntreut worden. Allein 40 Millionen Euro seien im Zusammenhang mit dem Kauf der ostdeutschen Leuna-Raffinerie an Kommissionen geflossen.**

Davon hat auch Kohl's CDU partizipiert. Er schweigt deshalb, um das ungeahnte Ausmaß von wirtschaftlicher und politischer Korruption in Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung zu vertuschen. Es würde sonst unzählige Manager und Politiker unhaltbar in den Abgrund reißen...

Nein zu GATS wto



Das innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) beschlossene Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement of Trade and Services) wird weitreichende Folgen für uns alle haben. GATS öffnet weite Bereiche der öffentlichen Dienste (z.B. **Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung, die Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Umweltschutzdienste, Transport, Post, Museen, Büchereien, Versicherungen, Tourismus, Presse, Funk und Fernsehen**) weltweit dem uneingeschränkten Wettbewerb und trägt dazu bei, dass die Versorgung mit lebenswichtigen Diensten zunehmend eine Frage des Geldbeutels wird. Es geht um den Handel mit Dienstleistungen und um die Gewährleistung der reibungslosen Erweiterung der Wertschöpfungskette in bislang dem Prinzip der Profitmaximierung nicht unterworfenen Dienstleistungen: Mit GATS sollen multinationalen Unternehmen bindende und unumstößliche Verwertungsrechte auf sämtliche Dienstleistungsbereiche zur öffentlichen Grundversorgung in den WTO-Mitgliedsstaaten garantiert und die Domäne der öffentlichen Dienstleistungen womöglich gar illegalisiert werden. Das kann bedeuten:

- **Pfusch durch private Labors bei der Durchführung von BSE-Tests**
- **manipulierter Stromnotstand in Kalifornien (\$ 2,200 entstandene Kosten je BürgerIn)**
- **Preisexplosion nach Privatisierung der Wasserversorgung in z.B. Bolivien (massive Proteste mit Toten und Verletzten führten zur Rücknahme der Privatisierung)**
- **Brotpreise steigen um 1150 Prozent (wie 1990 in Peru).**

In Grenoble zum Beispiel, wo die Wasserversorgung vor rund 12 Jahren privatisiert wurde, beklagte man steigende Preise bei sinkender Wasserqualität, bis man vor zwei Jahren die Privatisierung der Wasserwerke wieder rückgängig gemacht hat. Außerdem fürchtet man in Frankreich mit der Privatisierung der Strommärkte Verhältnisse wie in den USA, wo sich die Preise innerhalb weniger Monate teilweise vervielfachten - wenn es überhaupt Strom gab.

GATS-Beschlüsse sind völkerrechtlich bindend und stehen damit über nationalem Recht. Einmal eingegangene Verpflichtungen sind praktisch nicht mehr rückgängig zu machen!!!

Trotzdem ist GATS bislang kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Kein Wunder: Sie finden hinter verschlossenen Türen statt, und in den offiziellen Medien finden sie trotz ihrer gesellschaftlichen Relevanz kaum Beachtung.

Der Österreichische Umweltdachverband fordert den Stopp von GATS: "Die im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO laufenden GATS-Verhandlungen fänden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt", beklagt der österreichische Umweltdachverband in einer Presseerklärung.

Kopieren Sie sich deshalb den folgenden Text und protestieren Sie mit einer email beim

[Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:](#)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

GATS widerspricht grundlegenden demokratischen Werten und bedroht die Daseinsvorsorge und den freien Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten weltweit. Bis 31.03.2003 müssen die WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsangebote einreichen. Bis 2005 sollen die GATS-Verhandlungen abgeschlossen sein.

Ich fordere Sie auf, folgende Anliegen zu vertreten:

- ***Moratorium der GATS-Verhandlungen***
- ***Offenlegung eingegangener Verpflichtungen. Untersuchung der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene. Eingegangene Verpflichtungen müssen ggf. rückgängig gemacht werden können.***
- ***Grundlegende öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht den GATS-Regeln unterstellt werden.***

- **Kein weiterer Liberalisierungsdruck auf Entwicklungsländer im Interesse transnationaler Konzerne. Jede Gesellschaft muss über ihre öffentlichen Dienstleistungen autonom und stets neu entscheiden können.**

Bitte nehmen Sie Stellung zu diesen Forderungen!

Mit freundlichen Grüßen

[Name und Adresse]

mailen Sie an: bundeskanzler@bundeskanzler.de

PS: Kurzwelliges UV-Licht schließt im Spektrum an das Röntgenlicht an. Es ist sehr energiereich und liegt im Wellenlängenbereich von 100 – 400nm. So kann man mit Strahlern, die 254nm aussenden, ganz gezielt Mikroorganismen bekämpfen und so Oberflächen entkeimen. Für die Wasserversorger eine „berauschende“ Vorstellung. Auch in der Lack- und Kunststoffverarbeitung werden die kurzen Wellen immer wichtiger. Mehr bei

<http://www.3sat.de/hitec>

Und: Das magnetische Feld der Erde wandert in Äquaturnähe bis zu 26 Kilometer jährlich! Mehr bei

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/lis/15084/1.html>

[home](#)